

## Für eine sozialverträgliche Stadtentwicklung

Wir wollen ein Potsdam für alle; eine Stadt, in der sich die Bürger aller sozialen Schichten und Altersgruppen, Studenten und auch Touristen wohlfühlen. Wir wünschen uns ein Potsdam mit gut ausgestatteten Wohnungen, mit einem attraktiven Wohnumfeld und bezahlbaren Mieten in allen Stadtteilen. Wir fordern in Anbetracht der gegenwärtigen Fehlentwicklungen ein entsprechendes strategisches, zukunftsorientiertes Umdenken in der Stadtentwicklung wie folgt:

- 1 Die Stadtentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam hat sich am Leitbild einer "**sozial-verträglichen Stadtentwicklung**" zu orientieren. Das bedeutet **Stärkung der sozialen Durchmischung der Quartiere**.
- 2 Die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerschaft sowie die Gestaltungs- und Kontrollrechte der Stadtverordneten während der Planung und Realisierung der Stadtentwicklung sind zu verbessern. **Schluss mit intransparenten Verfahren!**
- 3 Schluss mit der Praxis von Grundstücksverkäufen zur kurzfristigen Haushaltskonsolidierung. Vorrang muss die **langfristige Erhaltung und Stärkung des kommunalen Eigentums** haben.
- 4 Bei der Grundstücksverwertung ist der **Verpachtung gegenüber einem Verkauf der Vorzug** zu geben. Die im städtischen Besitz befindlichen Grundstücke sollten nur im Einzelfall und nach genauer Prüfung zum Verkauf angeboten werden.
- 5 **Die Grundstücksverwertung muss den Anforderungen der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit Stand halten.** Dazu gehört auch eine öffentlich diskutierte Bieterrichtlinie zur Durchführung von Verpachtungen und Grundstücksverkäufen.

## Für bezahlbare Mieten: Spekulation mit Wohnraum stoppen

- **Wir wollen das Mietrecht umbauen:** Der Mietspiegel muss sich an allen Bestandsmieten orientieren. Die Ausrichtung an den teuren Neu-Abschlüssen (Bestandsmieten der letzten vier Jahre) muss gestoppt werden. Neu-Verträge sind zu deckeln: mit einer Obergrenze von zehn Prozent über dem Mietspiegel. Grundsätzlich darf die Miete nur erhöht werden, wenn der Wohnstandard verbessert worden ist.
- **Wir wollen die Spekulation bekämpfen** mit einer Zehn-Jahres-Haltefrist beim Erwerb von Wohneigentum. Die Steuerfreiheit bei Verkauf nach zehn Jahren ist abzuschaffen.
- **Wir wollen den Sozialen Wohnungsbau** in neuer Form als Soziale Wohnraum-Förderung wiederbeleben: als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen (mind. 15 000 Wohnungen im Jahr).
- **Wir wollen Modernisierungen mieterfreundlich gestalten:** Die Umlage für Sanierung und energetische Modernisierung ist deshalb von elf auf fünf Prozent zu reduzieren. Die unbegrenzte Laufzeit der Umlage muss auf den Zeitraum der Amortisierung, verkürzt werden. Die Kosten der energetischen Modernisierung dürfen nicht auf die Mieter abgewälzt werden, die Warmmiete darf nicht steigen. Das Gebäudesanierungsprogramm des Bundes muss von 1,5 auf fünf Milliarden aufgestockt werden.
- **Wir wollen Makler in die Schranken weisen:** Die Maklercourtage ist künftig vom Auftraggeberinnen und Auftraggeber zu zahlen, ihre Höhe ist gesetzlich zu deckeln.
- **Menschen, die Transferleistungen erhalten oder geringe Einkommen erzielen, dürfen aus ihren Wohnungen nicht verdrängt werden:** Zwangsumzüge sind grundsätzlich auszuschließen. Die Übernahme von Kosten der Unterkunft muss den Mieten entsprechen, die in einfachen und mittleren Wohnlagen verlangt werden. Das Wohngeld muss individualisiert und auf die Bruttowarmmiete bezogen werden, die regionalen Wohngeldtabellen sollen überprüft und angepasst werden.